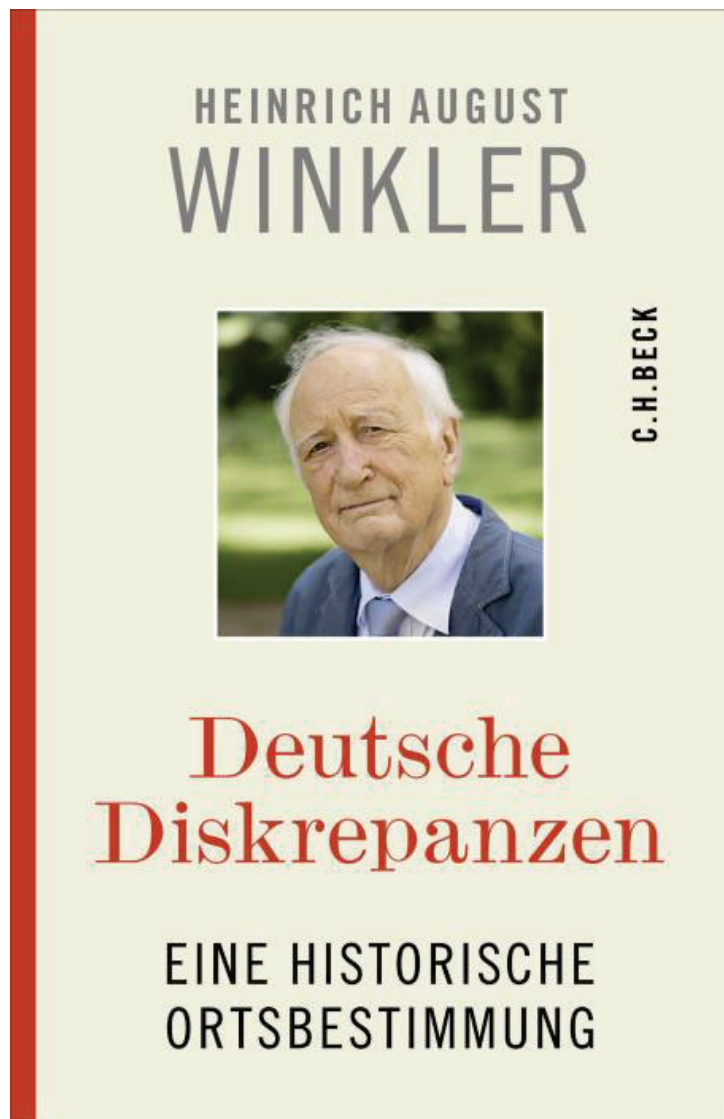


Unverkäufliche Leseprobe



Heinrich August Winkler
Deutsche Diskrepanzen

Eine historische Ortsbestimmung

2026. 158 S.

ISBN 978-3-406-85195-7

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/40872185>

HEINRICH AUGUST WINKLER

Deutsche
Diskrepanzen

HEINRICH AUGUST WINKLER

Deutsche Diskrepanzen

EINE HISTORISCHE ORTSBESTIMMUNG

C.H.BECK

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026
Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.
www.chbeck.de
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: © Anna Weise
Satz: Janß GmbH, Print- und Digitalmedien, Pfungstadt
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 85195 7

www.chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Für Dörte

Inhalt

Vorbemerkung	9
1. Die Angst vor dem Bürgerkrieg.	
Ein Leitthema der deutschen Geschichte	13
2. Fallstricke der Realpolitik.	
Zur internationalen Wirkungsgeschichte eines deutschen Begriffs	57
3. Land der Ungleichzeitigkeiten.	
Gedanken zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts	113
Dank	135
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	139
Anmerkungen	141
Personenregister	155

Vorbemerkung

Dieser Band enthält drei Essays, die Schlüsselthemen der deutschen Geschichte gewidmet sind. Der *erste* Essay befasst sich mit der Frage, inwieweit sich der Verlauf der deutschen Geschichte durch eine spezifisch deutsche Angst vor einem Bürgerkrieg erklären lässt. Diese Angst war jahrhundertlang eng verknüpft mit einem Ereignis, das man das deutsche Urtrauma nennen kann: dem Dreißigjährigen Krieg der Jahre 1618 bis 1648. Er war niemals nur ein Religionskrieg zwischen Katholiken und Protestanten, sondern immer auch ein europäischer Staatenkrieg und galt bis weit hinein in das 20. Jahrhundert als *die* deutsche Katastrophe schlechthin. Die kollektive Erinnerung an die Schrecken jener Zeit prägte das politische Denken der Deutschen in der Folgezeit ähnlich stark, wie die Erinnerung an die Revolution von 1789 das moderne Frankreich prägte und bis heute prägt. Es bedurfte der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust, um beim Begriff der «deutschen Katastrophe» nicht mehr an den Dreißigjährigen Krieg, sondern an die Zeit des Nationalsozialismus zu denken.

Im *zweiten* Essay geht es um die Frage, wie sich die deutsche und internationale Karriere des in den frühen 1850er Jahren unter dem Eindruck des Scheiterns der Revolution von 1848/49 von dem Publizisten August Ludwig von Rochau geprägten Begriffs «Realpolitik» erklären lässt, der auch heute noch zu den am häufigsten gebrauch-

ten politischen Schlagworten gehört. «Realpolitik» stand zunächst für einen selbstkritischen Lernprozess der deutschen Liberalen: ihre Abwendung von dem nunmehr als weltfremd empfundenen vorrevolutionären Idealismus und ihre Hinwendung zur nüchternen Erkenntnis der tatsächlichen Machtverhältnisse *im* Staat und *zwischen* den Staaten. In der wilhelminischen Ära degenerierte der Begriff «Realpolitik» zu einem Synonym für die brutale Durchsetzung vermeintlicher deutscher Nationalinteressen – eine vor allem im westlichen Ausland kritisch kommentierte Entwicklung. Und nicht nur in Deutschland häuften sich die Bekenntnisse zur «Realpolitik» immer dann, wenn es galt, kurzfristigem oder opportunistischem Kalkül den Vorrang vor langfristiger Folgenabwägung und normativen Gesichtspunkten einzuräumen. Wer heute von «Realpolitik» spricht, ist sich der widersprüchlichen Geschichte dieses Begriffs nur selten bewusst.

Um einen anderen deutschen Begriff, den der «Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen», geht es im *dritten* Essay. Dieser Begriff zielte ursprünglich, in dem 1928 von dem Kulturhistoriker Wilhelm Pinder gemeinten Sinn, auf das generationsbedingte zeitliche Nebeneinander unterschiedlicher Stile, ja ganzer Stilepochen, in der Kunstgeschichte. Heute verbindet man diesen Begriff weniger mit Pinder als mit dem marxistischen Philosophen Ernst Bloch, der 1935 den Nationalsozialismus als Erscheinungsform der «Ungleichzeitigkeit» und Deutschland als «klassisches Land der Ungleichzeitigkeit» bezeichnete. Als «ungleichzeitig» im Vergleich zu den liberalen westeuropäischen Demokratien hatte Bloch bereits 1918 die Machtstellung vorindustrieller Eliten, nämlich des preußischen Junkertums und des Militärs, im wilhelminischen Deutschland empfunden: ein Sachverhalt, der nach 1945 in der Diskussion um einen «deutschen Sonderweg» in der neueren Geschichte eine zentrale Rolle spielte.

Meine drei Essays sind bisher unveröffentlicht. Sie sind in den Jahren 2024 bis 2026 entstanden und wurden von vornherein als Ensemble konzipiert. Sie beruhen auf Forschungsergebnissen, die teilweise auch schon in frühere Veröffentlichungen von mir eingeflossen sind. Alle drei Texte behandeln das, was man im Englischen «recurring patterns» nennt – wiederkehrende Verhaltensmuster in vergleichbaren Konstellationen. Besonders deutlich wird das bei dem zweiten Essay: Die Ablösung der weltpolitischen Bipolarität der Zeit des Kalten Krieges durch eine neue, von wenigen (wirklichen oder vermeintlichen) Großmächten dominierte Multipolarität hat vor allem in Deutschland die Debatte über Nutzen und Nachteil von «Realpolitik» wieder belebt. So gesehen ist der Mitte des 19. Jahrhunderts von Rochau angestoßene Diskurs von geradezu bestürzender Aktualität.

Die Themen der drei Aufsätze greifen ineinander und ergänzen sich. Gemeinsam ist ihnen, dass sie von einer fortwirkenden Vergangenheit handeln. Ich verstehe sie deshalb auch als Beiträge zur Ortsbestimmung der Gegenwart.

Die Angst vor dem Bürgerkrieg.

Ein Leitthema
der deutschen Geschichte

I.

Am 17. März 1849 sprach der Abgeordnete Moritz von Mohl, ein gemäßigter Demokrat evangelischer Konfession aus Württemberg, im Plenum der Deutschen Konstituierenden Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt am Main eine dramatische Warnung aus. Sie bezog sich auf die möglichen Folgen der von der Mehrheit des Parlaments angestrebten Errichtung eines deutschen Erbkaisertums unter Führung des preußischen Herrscherhauses, der evangelischen Hohenzollern. Mohl rechnete für diesen Fall mit einem neuen Dreißigjährigen Krieg. «Es scheint mir», so erklärte er unter Beifall von links und von der Galerie, «man hat die ungeheuren Folgen, welche die Schaffung eines Erbkaisertums für ganz Deutschland herbeiführen würde, nicht vergegenwärtigt; man hat nicht bedacht, dass darin ein Kampf zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands, zwischen Protestantismus und Katholizismus, ein

Kampf des herrschenden Volksstammes mit den übrigen Volksstämmen, dass also in jenen Beschlüssen drei Kämpfe verborgen liegen, von denen ein einziger zu einem dreißigjährigen Kriege hinreichend wäre. Ich beschwöre Sie, meine Herren, werfen Sie die Brandfackel des Bürgerkrieges nicht in unser deutsches Vaterland!»¹

Im Revolutionsjahr 1848 hatte sich der Westfälische Friede, der den Dreißigjährigen Krieg beendete, zum 200. Mal gejährt. Große Feiern hatte es aus diesem Anlass nicht gegeben; die vorherrschende Deutung des Ereignisses von 1648 war ohnehin die der nationalen Demütigung Deutschlands durch andere Großmächte, obenan Frankreich, und, vor allem auf katholischer Seite, die nachhaltige Schwächung des Alten Reiches, des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, das sich 1806 unter dem ultimativen Druck Napoleons aufgelöst hatte.

Der Krieg der Jahre 1618 bis 1648, auf den in der Paulskirche wie in der Publizistik 1848/49 immer wieder rekurriert wurde, wirkte in der kollektiven Erinnerung der Deutschen des 19. Jahrhunderts als nationales Urtrauma nach: als Angst vor dem Zusammenbruch aller gewohnten Ordnung, vor Chaos und fremder Soldateska, vor Bruder- und Bürgerkrieg, vor der Apokalypse.² Liberal gesinnten Deutschen war aber auch bewusst, was diese Angst bewirkt hatte, nämlich die verstärkte, ja verinnerlichte Unterordnung der Deutschen unter ihre Obrigkeiten, gleichviel ob unter die eines größeren Staates wie Brandenburg-Preußen oder eines Duodezfürstentums wie Reuß ältere oder jüngere Linie. Die Relikte dieses in der Zeit des Absolutismus verfestigten Untertanentums und gleichzeitig die feudale Zersplitterung Deutschlands zu überwinden war das Ziel der Revolution von 1848/49. Eines aber sollte sie nicht bringen: einen Bürgerkrieg.

Die Gefahr eines Bürgerkriegs gab es indes 1848/49 nicht nur

dort, wo Moritz von Mohl sie sah: als Folge eines Krieges zwischen Preußen und Österreich, in den nicht nur ganz Deutschland, sondern vermutlich auch andere europäische Mächte hineingezogen werden würden. Zu Beginn der revolutionären Ereignisse im Frühjahr 1848 und auch noch im Herbst des «tollen Jahres» hatte den Liberalen und gemäßigten Demokraten die Gefahr eines anderen, eines sozialen Bürgerkrieges vor Augen gestanden. Man musste nicht das kurz zuvor veröffentlichte Manifest der Kommunistischen Partei, verfasst von Karl Marx und Friedrich Engels, gelesen haben, um sich als Angehöriger des Bürgertums von den besitzlosen Massen des Proletariats bedroht zu fühlen. Der junge Historiker Heinrich von Sybel, ein überzeugter Liberaler aus der preußischen Rheinprovinz, hatte deshalb 1847 vor den «sozialistischen und kommunistischen Tendenzen» gewarnt, die sich «namentlich in der Jugend und bei den arbeitenden Klassen» ausbreiteten und der Regierung wie der Bourgeoisie jeden Einfluss auf den vierten Stand, das Proletariat, abzuschneiden drohten. Dagegen gab es aus seiner Sicht nur ein Mittel: «feste Anbindung des Bürgerstandes an die Staatsgewalt durch politische Berechtigung».³

Aus ebendieser Einschätzung heraus entstand bereits im «Vorparlament», das im April 1848 die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung vorbereitete, eine breite Abwehrfront aus Liberalen und gemäßigten Demokraten gegen Auführer wie Friedrich Hecker und Gustav von Struve, die von Baden aus eine durchaus nicht sozialistische, aber republikanische Volkserhebung zu entfesseln versuchten. Sie wurde ebenso niedergeschlagen wie die Aufstände vom September 1848 in Frankfurt, Baden und Köln, mit denen die radikale Linke auf die erste außenpolitische Niederlage der Paulskirche reagierte: Die Mehrheit der Abgeordneten hatte sich gezwungen gesehen, dem Abschluss des Waffenstillstands von

Malmö zuzustimmen, in dessen Gefolge Preußen aus dem in Deutschland sehr populären Krieg des Deutschen Bundes gegen die Eingliederung des Herzogtums Schleswig in die dänische Gesamtmonarchie ausschied.

Die Septemberkämpfe der außerparlamentarischen Linken, in deren Verlauf zwei konservative Abgeordnete der Nationalversammlung vom Frankfurter Pöbel ermordet worden waren, führten zur Isolierung der parlamentarischen Linken und zu einem Ruck nach rechts in der Nationalversammlung wie in der Gesellschaft. Sie trugen schließlich mittelbar zum Sieg der konterrevolutionären Kräfte in Österreich und Preußen bei.⁴

Die entschiedene Linke aber ließ sich nicht davon abbringen, auch nach ihren Niederlagen an ihren Bürgerkriegsparolen festzuhalten, ja sie noch lautstärker als zuvor zu verkünden. Nachdem die Gegenrevolution erst in Paris, dann in Wien und Berlin triumphiert hatte, sahen viele radikale Demokraten und Sozialisten nur noch *eine* Rettung der Revolution: den großen europäischen Befreiungskrieg gegen die Vormacht der Reaktion, das russische Zarenreich – jenen Krieg, den der Zoologe Carl Vogt, ein Abgeordneter der Fraktion «Donnersberg», am 12. März 1849 den «heiligen Krieg der Kultur des Westens gegen die Barbarei des Ostens» nannte.⁵ Karl Marx war einige Monate zuvor in der «Neuen Rheinischen Zeitung» noch weiter gegangen: «Revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse, Weltkrieg – das ist die Inhaltsanzeige des Jahres 1849.»⁶

«Bürgerkriegsangst und Bürgerkriegspropaganda erweisen sich ... im Kriegs- und Revolutionsverständnis als wesentliche Scheidelinie innerhalb der deutschen Nationalbewegung»: So urteilt der Historiker Hilmar Sack in seinem Buch «Der Krieg in den Köpfen», einer brillanten Studie über die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg in der deutschen Krisenerfahrung zwischen der Julirevolution von

1830 und dem «deutschen Krieg» von 1866.⁷ Es war nicht nur das gebildete und besitzende Bürgertum, es waren auch Kleinbürger und Bauern, die die Angst vor dem Bürgerkrieg zu objektiven Verbündeten der Konservativen machte. In dem Maß, wie die Linke sich radikalisierte, wandte sich die Mitte von der Revolution ab. Umgekehrt rückten viele Linke in dem Maße immer weiter nach links, wie sie die Gemäßigten verdächtigten, sich den alten Gewalten bedingungslos zu unterwerfen. Das war nicht nur in Deutschland so, sondern in fast allen europäischen Ländern, die sich 1848 an der «letzten großen europäischen Revolution» beteiligt hatten.⁸

Gescheitert ist die deutsche Revolution für Einheit und Freiheit, also für die gleichzeitige Herstellung eines National- und eines Verfassungsstaates, aber nicht an der sozialen, sondern an der «deutschen Frage». Als die Revolution im März 1848 ausbrach, waren fast alle, die sich daran beteiligten, «Großdeutsche»: Sie konnten sich ein Deutschland ohne die deutschsprachigen Gebiete des Habsburgerreiches schlechterdings nicht vorstellen. Eine solche Nationalstaatsgründung hätte also letztlich die Sprengung des habsburgischen Vielvölkerreiches bedeutet. Das konnten die alten Gewalten in Wien, die im März 1848 ja keineswegs völlig entmachteten worden waren, nicht zulassen. Nachdem sie sich im Oktober im innenpolitischen Machtkampf durchgesetzt hatten, hintertrieben sie die nationalen Bestrebungen der Paulskirche ebenso systematisch wie erfolgreich. Die Folge war, dass sich die Mehrheit der Abgeordneten der Nationalversammlung für die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung und ohne Österreich entschied: *die* Lösung, die im Frühjahr 1849 daran scheiterte, dass der preußische König Friedrich Wilhelm IV. kein deutscher Kaiser von Volkes Gnaden werden wollte.

Der von Moritz von Mohl befürchtete preußisch-österreichische Krieg, der sich zu einem deutschen Bürgerkrieg, ja zu einem ganz

Europa erfassenden neuen Dreißigjährigen Krieg ausweiten konnte, fand infolgedessen 1849 nicht statt. Im Jahr darauf schien es eine kurze Zeit lang tatsächlich, als stünde eine militärische Konfrontation zwischen den beiden deutschen Großmächten unmittelbar bevor. Anlass war die preußische «Unionspolitik»: der Versuch einer kleindeutschen Nationalstaatsgründung von oben, durch den Hohenzollernstaat. Russischer Druck trug jedoch erheblich dazu bei, dass Preußen in der Punktation von Olmütz am 29. November 1850 von seinem Vorhaben abließ. Während die norddeutschen Liberalen von der «Schmach von Olmütz» sprachen, verteidigte der junge konservative Abgeordnete Otto von Bismarck in der zweiten preußischen Kammer den Vertrag als Gebot der preußischen Staatsräson. Die Ausgangslage für einen Krieg mit Österreich erschien ihm zu diesem Zeitpunkt als denkbar ungünstig.

1866, sechzehn Jahre später, war die Lage eine völlig andere. Bismarck, nunmehr preußischer Ministerpräsident, suchte bewusst die Entscheidung im Kampf um die Hegemonie in Deutschland. Der «deutsche Krieg», den Preußen zusammen mit einigen kleineren norddeutschen Staaten gegen die Präsidialmacht des 1815 gegründeten Deutschen Bundes und deren Verbündete in Nord-, Mittel- und Süddeutschland führte, blieb ein Staatenkrieg, geführt von regulären Armeen. Barrikaden- und Straßenkämpfe, wie man sie mit einem Bürgerkrieg verbindet, fanden 1866 nirgendwo statt. Wohl aber erhoben beide Seiten gegeneinander den Vorwurf, sie legten es auf einen «konfessionellen Bürgerkrieg» an. Den Begriff «Bruderkrieg» benutzten in diesem Zusammenhang vor allem die Zeitungen Österreichs und seiner Verbündeten, mitunter ergänzt um die Feststellung, Preußens Vorgehen komme einem «Sezessionskrieg» gleich. Preußische Blätter wiederum sprachen unter polemischem Hinweis auf die nichtdeutschen Teile des habsburgischen Militärs

von einem «Rassenkrieg», den der Staat Friedrichs des Großen im nationalen Interesse Deutschlands führen müsse.⁹

Was die Rhetorik des konfessionellen Bürgerkriegs anbelangt, übertraf das protestantische Lager das katholische bei weitem an Militanz. Doch es waren nicht konservative Kirchenkreise, die dabei den Ton angaben, sondern kulturprotestantische Liberale. Aus Religion war weithin, zumindest auf der evangelischen Seite, Ideologie geworden: eine frühe Erscheinungsform des europaweiten, auf beiden Seiten erbittert geführten Kulturkampfes, der in den 1870er Jahren in Preußen-Deutschland seinen Höhepunkt erreichte.

Als der deutsche Krieg im Juni 1866 begann, befand sich Preußen noch im Zustand des Verfassungskonflikts: des von Bismarck im September 1862 begonnenen Regierens ohne parlamentarisch bewilligtes Budget. Das hinderte die Berliner «National-Zeitung», das führende Blatt des rechten Flügels der oppositionellen Deutschen Fortschrittspartei, nicht daran, die relative Fortschrittlichkeit des Hohenzollernstaates zu rühmen: «Wenn wir auch kein volksfreundliches Ministerium bei uns am Ruder haben, den Österreichern gegenüber vertritt Preußen dennoch die deutsche Volksfreiheit, gleichwie im Dreißigjährigen Krieg die starren Lutheraner und Reformierten die Geistesfreiheit vertraten und retteten.»¹⁰

Auf den Dreißigjährigen Krieg als konfessionellen Bürgerkrieg bezogen sich 1866 viele deutsche Journalisten, und das quer durch alle konfessionellen und politischen Lager. Nachdem Preußen am 3. Juli bei Königgrätz die Entscheidungsschlacht des deutschen Krieges gewonnen hatte, feierten liberale Zeitungen das als Sieg in einem Prinzipienkampf und als schließlichen Triumph der protestantischen Sache im Dreißigjährigen Krieg. Die «National-Zeitung» ging noch weiter in die Geschichte zurück: «Das ist der Schritt, mit dem erst ganz und vollständig das Mittelalter, die Feudalität, von unserer

Nation überwunden und beseitigt wird. Indem wir uns vom Hause Habsburg trennen, welches die Ideen und die Ansprüche des römisch-deutschen Kaisertums nicht überwinden kann, ... werden wir eine selbständige Nation und stehen wir vor der Möglichkeit, einen deutschen Nationalstaat zu errichten. Wir können deutscher sein, als es unseren Vorfahren vergönnt war.»¹¹ Die bis dahin großdeutsch gesinnte «Augsburger Allgemeine Zeitung», das führende liberale Blatt Süddeutschlands, wertete am 11. August den Ausgang des deutschen Krieges in Übereinstimmung mit vielen Zeitgenossen von rechts bis links als «Revolution von oben»: «Die 1848 und 1849 von unten nicht durchgeführte Revolution ist 1866 von oben fortgeführt worden.»¹²

Der Westfälische Friede von 1648 hatte entscheidend dazu beigetragen, den konfessionellen Gegensatz zu territorialisieren und den «deutschen Dualismus», den Gegensatz zwischen dem katholischen Österreich und dem protestantischen Preußen, zu etablieren. Die Friedensschlüsse von Nikolsburg und Prag, die den deutschen Krieg von 1866 beendeten, schufen eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung des kleindeutschen Nationalstaates von 1871, der auf der politischen Hegemonie Preußens und der kulturellen Hegemonie des Protestantismus beruhte. Der Begriff des «evangelischen Kaisertums», den der nationalliberale Parteiführer Rudolf von Bennigsen und gelegentlich auch Reichskanzler Otto von Bismarck benutzten, machte die konfessionelle, besser: konfessionspolitische Schlagseite des deutschen Kaiserreichs auf der ideologischen Ebene deutlich.¹³

Sehr viel massiver traten die inneren Machtverhältnisse des jungen Reiches in den preußischen und Reichsgesetzen der Kulturkampfzeit der 1870er Jahre in Erscheinung. Die staatliche Repression, die bis zur Strafhaft für renitente Bischöfe reichte, wurde auf

liberaler Seite mit einer gegen die «Ultramontanen» und «Römlinge» gerichteten Bürgerkriegsrhetorik begleitet, die kirchentreue Katholiken als Deutsche zweiter Klasse, ja als die «Reichsfeinde» erscheinen ließ, die sie Bismarck zufolge waren. Den konfessionspolitischen Maßnahmen folgten die klassenpolitischen gegen eine andere Gattung von «Reichsfeinden» in Gestalt des Sozialistengesetzes von 1878, das zwölf Jahre lang in Kraft blieb und entscheidenden Anteil an der Verbreitung eines «volksmarxistisch» geprägten proletarischen Klassenbewusstseins in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hatte.

Dass dem Kaiserreich trotz aller repressiven Züge weder ein konfessioneller noch ein sozialer Bürgerkrieg drohte, hatte vielfältige und keineswegs nur wirtschaftliche Gründe. In den 1880er Jahren wurden die meisten Kulturkampfgesetze erheblich abgemildert und die großen Sozialversicherungsgesetze, die Gesetze über die Kranken- und Unfallversicherung sowie die Alters- und Invaliditätsversicherung, verabschiedet; das Sozialistengesetz wurde 1890 nicht mehr verlängert. Die größte befriedende Wirkung aber ging von dem 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Deutschen Reich eingeführten allgemeinen gleichen Reichstagswahlrecht für Männer aus. Es bewirkte ein hohes Maß an gesellschaftlicher Integration durch politische Partizipation. Das galt für Katholiken und Sozialdemokraten gleichermaßen. Die Letzteren wurden trotz programmatischer Bekenntnisse zum Klassenkampf in eine evolutionäre Richtung gedrängt. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sollten sich im Ersten Weltkrieg zeigen.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de